

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 003-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2013.1671

Eingereicht am: 15.12.2013

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Sancar (Bern, Grüne) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 23.01.2014

RRB-Nr.: 430/2014 vom 02. April 2014
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



Finanziert das Pentagon die Universität Bern für militärische Zwecke?

Gemäss Berichterstattung der SonntagsZeitung vom 15. Dezember 2013 finanziert das US-Verteidigungsministerium zahlreiche Forschungsprojekte an Schweizer Hochschulen und Universitäten. Gemäss diesem Bericht hätten die Schweizer Hochschulinstitutionen nur in den letzten zwei Jahren über eine Million Dollar für rund ein Dutzend Studien erhalten. Auch die Universität Bern profitiere von dieser grosszügigen finanziellen Unterstützung des Pentagons für Forschungsprojekte. Das Pentagon erhoffe sich laut eigenen Angaben – so der Bericht weiter – mit diesen Projekten einen Nutzen für die US-amerikanische Kriegsführung, so schreibe die Air Force auf ihrer Homepage, dass sie sich von den Forschungsförderungen «a benefit to national war fighting» erhoffe. Das US-Militär soll also von diesen Forschungen direkt profitieren können.

Auch die Universität Bern hat offenbar von diesen Geldern profitiert, so unterstütze die US-Luftwaffe eine aktuelle Untersuchung, die helfen soll, Bewegungen von Satelliten genauer vorzusagen.

Es ist abwegig und inakzeptabel, dass unsere Bildungsinstitutionen Forschung für die Weiterentwicklung von Kriegsführung und Kriegstechnologie betreiben und dabei von einem Staat finanziell unterstützt werden, der weltweit am meisten Kriege führt und das grösste Militärbudget hat. Ob dabei von einem Auftrag gesprochen werden kann, ist zurzeit noch unklar.

Der Regierungsrat wird daher gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wusste der Regierungsrat von dieser finanziellen Unterstützung der Universität Bern durch das US-Verteidigungsministerium?

2. Wenn ja, wann hat der Regierungsrat von dieser finanziellen Unterstützung erfahren, und wie hat er darauf reagiert, hat er etwas dagegen unternommen?
3. Seit wann erhält die Universität Bern finanzielle Unterstützung von den USA für solche Forschungen?
4. Um welche Forschungsprojekte handelt es sich im Einzelnen? Welche Institute profitieren davon?
5. Wie hoch ist der Gesamtbetrag des US-Verteidigungsministeriums an die Universität Bern (jährlich/pro Forschung)? Gibt es andere Geldquellen aus den USA, die eventuell über Drittorganisationen den Forschungsprojekten der Universität Bern zufließen?
6. Wie läuft diese finanzielle Unterstützung konkret? Gelangt die Universität Bern mit einem Gesuch für finanzielle Unterstützung eines Forschungsprojekts direkt an die US-Armee? Ist es die US-Armee, die Gelder von sich aus für ein laufendes Projekt spricht? Welche Rechtsform gilt dabei?
7. Haben auch Fachpersonen aus Kreisen der Universität Bern an den vom amerikanischen Armeeapparat organisierten Treffen teilgenommen? Wer hat die Kosten übernommen?
8. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um zu verhindern, dass unsere Bildungsinstitutionen im Dienste des US-Militärs Kriegsführungsforschung betreiben?

Antwort des Regierungsrates

Beim vom Interpellanten genannten Forschungsprojekt handelt es sich um das Projekt „Improved Space Object Catalogue Maintenance Through Data Fusion“ des Instituts für Astronomie der Universität Bern (nachfolgend AIUB). Das AIUB betreibt seit über 20 Jahren Forschung zur Ortung des heute vorhandenen Weltraumschrotts (Anzahl der Objekte, Grösse, Natur, Erzeugungsmechanismen) und der Satelliten (ca. 1000 aktive Satelliten, darunter auch militärische) sowie zur Erarbeitung von Modellen zur Beschreibung der zukünftigen Entwicklung der Umlaufbahnen der einzelnen Objekte. Es nimmt auf diesem Gebiet international eine führende Rolle ein.

Für das genannte Projekt wurden erfolgreich Forschungsgelder im Rahmen eines Forschungsförderungsprogramms des European Office of Aerospace Research & Development (nachfolgend EOARD) eingeworben. EOARD hat seinen Sitz in London und ist ein Ableger des Air Force Office of Scientific Research (AFOSR), das die Grundlagenforschung für das Air Force Research Laboratory (AFRL) der USA organisiert. Gemäss eigener Website (Stand 29.01.2014) verfolgt EOARD folgende Ziele: „Discover, shape and champion basic science of Air Force interest through collaborations with the scientific community in Europe, former Soviet states, the Middle East, and Africa“. Die Massnahmen von EOARD zur Zielerreichung sind „1. Funding basic research through grants and contracts, 2. Supporting technical conferences and workshops, 3. Providing assistance for international scientists to engage AFRL and its partners“. Auf seiner Website hebt EOARD hervor, es habe seit 1952 tausenden von europäischen Wissenschaftlern geholfen, bahnbrechende Grundlageforschung zu betreiben, darunter auch Nobelpreisträgern in Physik und Chemie.

Die Forschung im Rahmen der ausgeschriebenen Forschungsprogramme wird von EOARD weder eingeschränkt noch beeinflusst. Sämtliche Resultate werden in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert und sind somit öffentlich zugänglich. EOARD erhält keine Forschungsergebnisse, sondern lediglich einen Bericht über die projektgemässe Verwendung der Mittel.

Der Regierungsrat nimmt zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

1. Wusste der Regierungsrat von dieser finanziellen Unterstützung der Universität Bern durch das US-Verteidigungsministerium?

Dem Regierungsrat waren weder das Forschungsprojekt noch die Quelle der finanziellen Unterstützung bekannt. Der Regierungsrat nimmt im Rahmen der Berichterstattung der Universität nur summarisch von universitären Forschungsprojekten Kenntnis. Einzelne für die Universität strategisch wichtige Projekte werden dem Regierungsrat anlässlich seines jährlichen Treffens mit der Universitätsleitung vorgestellt. Die Auswahl der vorgestellten Projekte nimmt in der Regel die Universitätsleitung in Absprache mit der Erziehungsdirektion vor. Das vorliegende Projekt wurde in diesem Rahmen nie vorgestellt.

2. Wenn ja, wann hat der Regierungsrat von dieser finanziellen Unterstützung erfahren und wie hat er darauf reagiert, hat er etwas dagegen unternommen?

Die Erziehungsdirektion hat nach Erscheinen der ersten Presseartikel nähere Informationen bei der Universitätsleitung eingeholt. Diese Informationen haben die Erziehungsdirektion dazu bewogen, keine weiteren Schritte einzuleiten (vgl. dazu Einführung sowie Antwort zu den Fragen 6 und 8). Der Regierungsrat wurde nicht involviert.

3. Seit wann erhält die Universität Bern finanzielle Unterstützung der USA für solche Forschungen?

Im Jahr 2013 wurde erstmals ein Forschungsprojekt des AIUB finanziell von EOARD unterstützt. Die Unterstützung läuft seit dem 01.03.2013, dauert 12 Monate und ist die einzige dieser Art.

4. Um welche Forschungsprojekte handelt es sich im Einzelnen? Welche Institute profitieren davon?

Es handelt sich um ein einziges Forschungsprojekt (vgl. Frage 3). Die Gelder des EOARD kommen diesem Projekt des AIUB zu.

5. Wie hoch ist der Gesamtbetrag des US-Verteidigungsministeriums an die Universität Bern (jährlich/pro Forschung)? Gibt es andere Geldquellen aus den USA, die eventuell über Drittorganisationen den Forschungsprojekten der Universität Bern zufließen?

Der Gesamtbeitrag des EOARD für das Projekt „Improved Space Object Catalogue Maintenance Through Data Fusion“ beträgt rund USD 75'000. Das Projekt dauert 12 Monate. Es ist an der Universität Bern das einzige Projekt dieser Art und wird über keine weiteren Geldquellen aus den USA unterstützt, auch nicht indirekt.

6. Wie läuft diese finanzielle Unterstützung konkret? Gelangt die Universität Bern mit einem Gesuch für finanzielle Unterstützung eines Forschungsprojektes direkt an die US-Armee? Ist es die US-Armee, welche Gelder von sich aus für ein laufendes Projekt spricht? Welche Rechtsform gilt dabei?

Die Universität Bern nimmt jährlich gesamthaft mit rund 2'500 Forschungsprojekten Drittmittel von rund CHF 218 Mio. ein. Das hier genannte Forschungsprojekt fügt sich in diesen Rahmen.

Das AIUB hat im Rahmen des Forschungsförderungsprogramms von EOARD ein Projekt eingereicht, für welches EOARD Fördergelder gewährt hat. Die Forschung des AIUB wird von EOARD

weder eingeschränkt noch beeinflusst. Sämtliche Resultate werden in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert und sind somit öffentlich zugänglich. EOARD erhält keine Forschungsergebnisse, sondern lediglich einen Bericht über die projektgemässe Verwendung der Mittel.

Die Universität überprüft die Herkunft von Forschungsgeldern und die ethische Vertretbarkeit ihrer Annahme selbständig. In den von der Universität Bern beschlossenen „Weisungen betreffend Vertragsfluss der Forschungs-, Entwicklungs- und Dienstleistungsverträge und Annahme von Forschungsbeiträgen an der Universität Bern“ müssen der Universitätsleitung Forschungsbeiträge von weniger als CHF 50'000 zur Kenntnis gebracht werden. Forschungsbeiträge von mehr als CHF 50'000 sind ausdrücklich von ihr zu genehmigen. Die Genehmigung der Universitätsleitung wurde für das vorliegende Projekt angesichts der Grundbedingungen von EOARD, welche die Freiheit von Forschung und Lehre nicht tangieren, ohne weiteres erteilt.

7. Haben auch Fachpersonen aus Kreisen der Universität Bern an den vom amerikanischen Armeeapparat organisierten Treffen teilgenommen? Wer hat die Kosten übernommen?

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Bern nehmen nicht an Treffen des „amerikanischen Armeeapparates“ teil. Sie nehmen aber laufend an wissenschaftlichen Kongressen, Konferenzen oder Workshops teil. Dies ist für ihre Arbeit sehr wichtig. EOARD oder andere staatliche Institutionen der USA finanzieren oder organisieren solche Anlässe manchmal mit, insbesondere Konferenzen, die in den USA stattfinden. Eine direkte Unterstützung der Teilnahme einzelner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Bern an solchen Kongressen oder weitere direkte Zuwendungen von EOARD an die betroffenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind dem Regierungsrat nicht bekannt und wären rechtlich nicht statthaft.

8. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um zu verhindern, dass unsere Bildungsinstitutionen im Dienste des US-Militärs Kriegsführungsforschung betreiben?

Der Interpellant suggeriert mit dieser Frage, dass die Universität Bern durch das genannte Forschungsprojekt Kriegsführungsforschung im Dienste des US-Militärs betreibt. Der Regierungsrat teilt diese Sicht in keiner Weise. Die Universität Bern hat sich vielmehr erfolgreich an einem internationalen Forschungsförderungsprogramm beteiligt und den Zuschlag für ein Projekt erhalten, das zum Wissenszuwachs und zum Nutzen unserer Gesellschaft im Bereich der Weltraumforschung beiträgt. Die Erkenntnisse dieser Forschung werden öffentlich publiziert und sind für zivile Zwecke sehr nützlich, obwohl sie unter Umständen - wie zahlreiche weitere Forschungserkenntnisse - auch zu Lasten der Menschheit verwendet werden könnten.

Die Eckpfeiler für die Annahme von Forschungsgeldern sind in der Universitätsgesetzgebung festgelegt. Artikel 1 des Gesetzes vom 5. September 1996 über die Universität bestimmt, dass die Universität ihre Aufgaben im Dienst der Allgemeinheit erfüllt und dabei die Würde des Menschen und der Natur schützt und achtet. Artikel 2 verpflichtet die Universität zur Reflexion über die Voraussetzungen und Wirkungen wissenschaftlicher Tätigkeit sowie dazu, einen wirkungsvollen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Die Universität Bern kommt diesen gesetzlichen Verpflichtungen in geradezu vorbildlicher Weise nach:

In ihrem Leitbild bekennt sie sich zu einer reflektierten, ethisch fundierten Verantwortung gegenüber dem Menschen wie gegenüber der belebten und unbelebten Natur. Neben den genannten Weisungen verfügt sie – als eine der wenigen schweizerischen Universitäten – über Richtlinien zum Fundraising und Sponsoring. Darin verpflichtet sie sich, nur mit Personen, Unternehmungen

und Institutionen Vereinbarungen einzugehen, die den demokratischen und freiheitlichen Grundwerten unserer Gesellschaft nicht widersprechen und zur Erreichung ihrer Ziele legale Mittel und Wege einsetzen. Im Zweifelsfall entscheidet die Universitätsleitung nach eingehender Prüfung, ob Forschungsgelder angenommen oder abgelehnt werden. Die Freiheit und Unabhängigkeit in Lehre und Forschung dürfen zudem nicht tangiert werden. So schliesst Forschungsförderung (Projektförderung) die Mitsprache des Geldgebers über Methodenwahl, Interpretation und Publikationsrecht aus. Mit dem „Reglement über die wissenschaftliche Integrität“ verfügt die Universität zudem über ein Instrument zur Kontrolle der qualitativen Forschungsleistung.

Der Regierungsrat ist deshalb der Meinung, dass die Universität über eine umfangreiche Reglementierung verfügt, um ethische Fragen rund um Forschungsgelder und deren Verwendung selbständig anzugehen. Er vertraut dem kritischen Blick von Senat und Universitätsleitung sowie der einzelnen Forscherinnen und Forscher bei der Annahme von Forschungsgeldern und bei der Genehmigung von Forschungsvorhaben.

An den Grossen Rat